

Resolutionsantrag betreffend Wohnsitzauflage

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17. September 2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für die Einführung einer österreichweiten Wohnsitzauflage für anerkannten Flüchtlinge aus.

Begründung

In Folge der multiplen Krisen und Kriege der vergangenen Jahre haben zahlreiche Menschen in Österreich um Asyl angesucht und erhalten. Wien übererfüllt als einziges Bundesland im Zeitraum der vergangenen fünf Jahre konstant die in der Grundversorgungsvereinbarung festgelegte Betreuungsquote, und liegt zeitweise bei einer Übererfüllung um fast 90 Prozent.

Zusätzlich hat Wien ab Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine im Februar 2022 an den Wiener Schulen allein etwa 4.000 kriegsvertriebene Schüler:innen aufgenommen. Seit Beginn des Jahres 2023 erfährt Wien zusätzlich einen intensiven Zuzug von schulpflichtigen Jugendlichen unter dem Titel der Familienzusammenführung.

Der Zuzug in diesem Ausmaß stellt eine erhebliche Belastung für die Schulen und die gesamte Bildungsinfrastruktur in Margareten dar und fordert vor allem Schulstandorte, Pädagog:innen und schulisches Unterstützungspersonal, aber auch die Verwaltung in beträchtlichem Ausmaß.

Eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge würde daher dringend nötige Abhilfe schaffen: Nicht-berufstätige Menschen mit abgeschlossenem Asylverfahren sollen 3 Jahre lang in jenem Bundesland leben müssen, in dem ihr Verfahren absolviert wurde. Das würde eine signifikante Entlastung der öffentlichen Infrastruktur, insbesondere im Bildungsbereich, bewirken, und zudem finanzielle Gerechtigkeit zwischen den Ländern herstellen.

BRⁱⁿ Johanna Adlaoui-Mayerl
für den NEOS Klub